

Bundesrat den Bundestag auf seine mangelhafte Arbeit hin und verlangte, die Angelegenheit müsse im Vermittlungsausschuß noch einmal erörtert werden.

Die Bundestagsabgeordneten prüfen nun, wie es zu dieser Blamage des Hohen Hauses kommen konnte. Der Vorsitzende des Bundestagsverkehrs-ausschusses, der CDU-Abgeordnete Oskar Rümmele, sagt: „Es ist noch gar nicht heraus, ob uns wirklich Mängel unterlaufen sind. Die Änderungen, die der Bundesrat wünscht, sind umstritten, und das müssen Juristen klären. Wir wollten weder bestehende Straf- und Ausnahmevorschriften beseitigen noch ändern. Im übrigen haben uns Vertreter des Bundesverkehrsministeriums Schützenhilfe geleistet. Wenn das Gesetz also doch tatsächlich Mängel haben sollte, dann nur, weil wir Abgeordneten und die Herren vom Ministerium überarbeitet sind.“

Tatsächlich nehmen an den meisten Ausschußsitzungen Vertreter der Ministerialbürokratie teil — häufig waren sie zahlreicher als die Abgeordneten. Bei den Beratungen des Gesetzes über die Geschwindigkeitsbegrenzung hatten die Referenten des Verkehrsministeriums aber nur anderthalb Stunden Zeit, die Entwürfe der Abgeordneten zu prüfen. Sie achteten nur auf die richtige Formulierung, nicht aber darauf, ob der Text denn auch so vollständig sei, wie es sich für ein Gesetz gehört.

Mault der FDP-Abgeordnete Graaf, Mitglied des Verkehrs-ausschusses: „Es ist eigentlich erschütternd, daß keiner der in beachtlicher Stärke vertretenen Fachreferenten aus den Ministerien uns auf die falsche Textierung des Entwurfs aufmerksam gemacht hat.“ Der Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Fritz Niebel, hat freilich dafür eine besondere Erklärung: „Die Ministerialen haben sich einfach ins Fäustchen gelacht.“

Niebel spielt damit auf einen Verdacht an, der sich unter den Mitgliedern des Verkehrs-ausschusses hartnäckig behauptet: Das Verkehrsministerium habe die Abgeordneten absichtlich auf den Klippen der Gesetzestechnik auflaufen lassen, weil sie sich den Wünschen des Verkehrsministers — der alles durch Verordnungen regeln wollte — nicht gefügig zeigten und eigens ein Gesetz machen wollten.

GOLDIMPORT

Ludwig der Goldene

Anfang letzter Woche wurde ein Erlaß des Bundeswirtschaftsministers wirksam, der den Bürgern der Bundesrepublik ein in der westlichen Welt seltenes Vorrecht einräumt: Jeder Westdeutsche darf Goldbarren gegen Devisen frei im Ausland einkaufen.

Ein solches Privileg genießt bislang nicht einmal der amerikanische Staatsbürger. In den Vereinigten Staaten darf außer den staatlich kontrollierten Banken des Federal Reserve System niemand Barrengold oder Goldmünzen besitzen oder damit handeln. Die Washingtoner Regierung behält sich das Goldmonopol vor, um den amtlichen Festpreis für die Unze Feingold halten zu können, der seit 1932 mit 35 Dollar unverändert geblieben ist.

Von den europäischen Ländern erlaubt nur die Schweiz ihren Einwohnern, Gold im Ausland einzukaufen. In Frankreich sind Import und Export von Gold verboten, und selbst in London — dem bedeutendsten freien Goldhandelsplatz der Welt — ist es nur Ausländern gestattet, mit Gold zu handeln.

Trotzdem braucht die Bundesregierung nicht zu fürchten, daß der freie Goldimport bei jenen befreundeten Staaten auf neidvolle Kritik stoßen wird, die wegen

Devisenmangels ihren Bürgern kein goldenes Zeitalter beschere können. Es waren nämlich gerade die devisenschwachen Mitgliedsländer der Europäischen Zahlungsunion (EZU), die während der Pariser Routinesitzungen die deutschen Partner immer wieder bedrängten, die Grenzen für den Goldimport zu öffnen.

Davon versprachen sich die EZU-Länder, die bei der Bundesrepublik hoch verschuldet sind, einen Abbau der extrem hohen Guthaben auf dem deutschen EZU-Konto, denn jedes nach Deutschland verkaufte Kilo Gold muß in Devisen aus dem EZU-Konto bezahlt werden.

Allerdings waren an einem freien Goldimport, der die westdeutschen EZU-Guthaben abbaut, nicht nur die Schuldnerländer der Bundesrepublik interessiert. Ihre Forderungen kamen vielmehr den



Verkehrsausschußmitglied Müller-Hermann
Die Fachleute fehlen

Wünschen entgegen, die das Bonner Wirtschaftsministerium und die Bank deutscher Länder schon seit langem hegten, ohne sie — aus Gründen europäischer Pietät — offen auszusprechen. In dem Maße nämlich, in dem der deutsche Guthabenpegel sinkt, verringern sich auch die Verluste, die von der Bundesrepublik hingenommen werden müssen.

Nach den Statuten der EZU muß sich die Bundesrepublik damit zufriedengeben, daß ihr nur Dreiviertel der Rechnungüberschüsse in Gold oder Dollar vergütet werden. Der Rest wird kreditiert. Die Schuldnerländer bevorzugen die Zahlung in Gold, weil sie dabei ein gutes Geschäft machen. Der Goldwert wird nämlich von der EZU nach einem ungewöhnlich hohen Kurs berechnet: nach dem amerikanischen Festpreis von 4730 Mark je Kilo. Auf dem Londoner Markt ist ein Kilo Gold hingegen bereits für etwa 4660 Mark zu haben.

Seit Bestehen der EZU nutzen die Schuldnerländer ausgiebig die Gelegenheit, auf

Kosten der Bundesrepublik an dieser Differenz zu verdienen. Sie kaufen Gold billig in London ein und stoßen es zur Deckung ihrer Schulden zu einem hohen Kurs an die Bundesrepublik ab. Auf diese Weise nahm die Bank deutscher Länder allmonatlich mehrere Tonnen Gold zu einem Preis in Empfang, zu dem sie es an keinem Ort der Welt wieder verkaufen konnte.

Künftig wird sich nun mit jedem Goldbarren, den ein Bundesbürger im Ausland kauft, das deutsche Devisenguthaben bei der EZU verringern. Nach dem Willen des Wirtschaftsministers Ludwig Erhard soll damit ein weiteres verlustreiches Anwachsen des Goldschatzes in den Tresoren der Bank deutscher Länder gestoppt werden; statt dessen kann sich die westdeutsche Bevölkerung eine private Goldreserve schaffen.

Zunächst bewirkte die Liberalisierung der Goldeinfuhr jedoch nur eine kräftige Belebung des Schwarzmarktes für Edelmetalle. In zähem Ringen um jeden Steuergroschen hat sich nämlich Bundesfinanzminister Fritz Schäffer nicht dazu verstehen können, den Goldhandel von der vierprozentigen Umsatzsteuer zu befreien. Es fiel ihm schwer genug, dem Drängen seines Amtskollegen Erhard nachzugeben, bei der Goldeinfuhr auf die Umsatzausgleichsteuer zu verzichten, die bei allen Warenimporten erhoben wird, um die heimische Industrie vor billigen Auslands-erzeugnissen zu schützen. Erhard bedeutete dem Finanzminister, daß die Umsatzausgleichsteuer das Goldsparen von vornherein als zu kostspielig erscheinen lasse.

Aber auch die vierprozentige Umsatzsteuer, an der Schäffer unbeirrt festhält, bietet dem Goldschwarzhandel Anreiz genug. In der benachbarten Schweiz wird das gelbe Metall durch keinerlei Steuern belastet. Für Schmuggler ist es ein ertragreiches Geschäft, Barren über die Grenze zu schaffen und sie knapp unter dem Schalterabgabepreis der Banken, bei dem die Umsatzsteuer einkalkuliert ist, Interessenten anzubieten. An jedem Kilo können die Schmuggler dabei fast 300 Mark verdienen. In Köln wurden in der letzten Woche auf dem Schwarzmarkt 100-Gramm-Barren, die bei den Banken 530 Mark kosten, für 510 Mark abgegeben.

Die Verbände des Bankgewerbes sind unterdessen dabei, Eingaben an das Bundesfinanzministerium zu formulieren, in denen sie davor warnen, dem illegalen „Straßenhandel mit Gold“ Anreize zu geben. Die Goldbarrenumsätze, so argumentieren die Banken, müßten wie Wertpapierumsätze und nicht wie Warenumsätze behandelt und dementsprechend von der Umsatzsteuer befreit werden.

Ob es jedoch selbst bei Fortfall der Umsatzsteuer gelingen wird, das Goldsparen in der Bundesrepublik populär zu machen, ist zweifelhaft. Weil Gold keine Zinsen trägt, sondern im Gegenteil bei sicherer Verwahrung im Banktresor Depotkosten verschlingt, ist zu erwarten, daß sich das kapitalkräftige Publikum eher Anlagen in hochverzinslichen Wertpapieren zuwendet.

Es spricht auch wenig dafür, daß Goldbarren eine ähnliche Kaufwelle auslösen könnten, wie sie den Münzenhandel erfreut, seit im Juni vergangenen Jahres der Import von Goldmünzen liberalisiert wurde. Die Nachfrage nach Goldmünzen war besonders während der Suezkrise so stark, daß beispielsweise für die Standardmünze des inländischen Goldmarktes, das 20-Mark-Stück aus Kaiser Wilhelms Zeiten, 54 Mark gezahlt wurden. Auch heute wird diese Münze noch für 48 Mark gehandelt, obwohl ihr Feingoldgehalt nur einem Wert von 34 Mark entspricht.

Der Käufer von Barren kann also für sein Geld eine wesentlich größere

Kennt die Welt Ihr Unternehmen?

TIME, das internationale Nachrichtenmagazin, hat eine Auflage von 2,5 Millionen Exemplaren - und viele Millionen Leser. Diese Leser stehen in täglichen Geschäftsgesprächen mit Menschen, die ebenfalls für Sie wichtig werden können. Denn die Leute, die Woche für Woche TIME studieren, gehören in ihren Ländern den Schichten an, die meinungsbildend sind: Nachweislich sind neun von je zehn TIME-Lesern führend tätig in Wirtschaft, Verwaltung und in den freien Berufen.

Ihr Unternehmen und dessen Erzeugnisse werden daher durch Exportwerbung in TIME in der ganzen Welt bekannt, ja zu einem Begriff. Durch TIME sind Sie von vornherein an allen entscheidenden Importgesprächen beteiligt.

TIME

DAS INTERNATIONALE NACHRICHTENMAGAZIN

Wöchentlich erscheint TIME in fünf verschiedenen Ausgaben - alle in englischer Sprache: TIME ATLANTIC · TIME PACIFIC · TIME LATIN AMERICAN · TIME CANADIAN · TIME US ·

Sie können rationell und gezielt werben

Ihre Anzeige kann wahlweise in einer Ausgabe, in zwei, drei, vier oder allen fünf Ausgaben erscheinen. Sie können global werben oder Ihre Anzeige auf den Markt abstimmen, der für den Absatz Ihrer Erzeugnisse am interessantesten ist. Eine ganzseitige Anzeige in TIME kostet pro Kontakt nur vier Pfennig. Wollten Sie jedem möglichen Käufer nur eine einfache Postkarte schicken - Sie müßten dann bereits die zehnfachen Kosten einer TIME-Anzeige aufwenden. TIME-Inserenten haben erkannt, worauf es bei der Werbung heute ankommt: Auf dem richtigen Wege den richtigen Mann ansprechen.

„Warum werben?“, so wird sich vielleicht dieser oder jener in Ihrer Firma fragen. Unsere interessante Broschüre „Warum werben?“ gibt aufschlußreiche Antwort auf diese Frage. - Wir senden Ihnen das Heft gern einmal unverbindlich zu:



Unser ständiger Vertreter in Deutschland steht Ihnen zu ausführlichen Informationen gern zur Verfügung:

E. FRHR. VON BERCKHEIM
Düsseldorf · Klever Straße 60 · Telefon 491770



Erhard-Gedenkmedaille: 4000 „Goldene Ludwigs“ wurden verkauft

Goldmenge einhandeln als der Münzensammler, der Seltenheits- und Liebhaberpreise zahlen muß. Trotzdem glauben Kenner des Goldmarktes nicht daran, daß die freie Einfuhr von Goldbarren das Münzengeschäft wesentlich eindämmen wird. Der Goldexperte bei der Norddeutschen Bank in Hamburg, Dr. Johannes Feske, gibt dafür psychologische Gründe an: „In Notzeiten lassen sich die Barren wegen ihrer Größe nur schwer veräußern. Dagegen weiß jeder, daß er für ein Goldstück vom Bauern eine Speckseite bekommt.“

Zur Zeit bemühen sich einige Großbanken und Scheideanstalten, aus der Vorliebe für Münzen Nutzen zu ziehen. Sie glauben, das Goldsparen vielen Bürgern durch eine Münze schmackhaft machen zu können, deren Kaufpreis nicht wesentlich über dem Wert ihres Feingoldgehaltes liegt. Voraussetzung dafür wäre allerdings, daß diese „Sparmünze“ in einer Massenaufgabe her-

ausgebracht wird, bei der die Prägekosten für das einzelne Stück kaum noch ins Gewicht fallen.

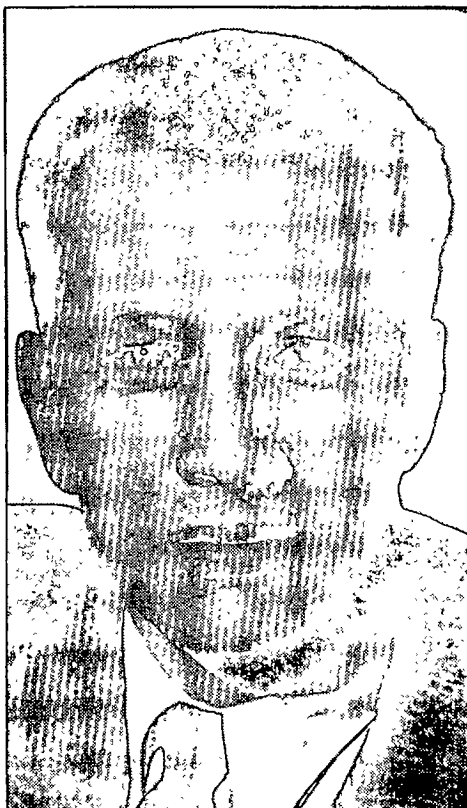
Einen ersten Schritt in dieser Richtung wagte die hessische Gold- und Silberscheideanstalt Heraeus Edelmetalle GmbH. in Hanau, die kürzlich eine goldene Gedenkmedaille mit dem Kopf des Wirtschaftsministers Ludwig Erhard und der Inschrift „Freie Marktwirtschaft“ herausbrachte. Diese Medaille, die im Juwelierjargon nach dem französischen Vorbild des Louis d'or bereits „Goldener Ludwig“ heißt, wird mit einem Aufpreis von nur 15 Prozent vom reinen Goldwert gehandelt. Das durchschnittliche Aufgeld bei Goldmünzen liegt bei 50 Prozent.

Ursprünglich sollte diese Goldmedaille bereits im Herbst 1954 auf den Markt gebracht werden - als Dank dafür, daß Erhard die Abschaffung der letzten Restriktionen für das Goldschmiedegewerbe durchgesetzt hatte. Der Plan wurde jedoch nicht verwirklicht, weil - wie der kaufmännische Leiter der Scheideanstalt Kurt Friedgé erklärt - damals in der Bundesrepublik eine Neigung zur Sachwerthortung bestand. Friedgé empfand es als unfein, dieser Tendenz gerade mit Ludwig Erhards Abbild und Namen Vorschub zu leisten.

Am 4. Februar dieses Jahres bot sich dann jedoch endlich für Friedgé ein würdiger Anlaß, die Erhard-Medaille auf den Markt zu werfen. Die Firma Heraeus schrieb an den Wirtschaftsminister: „Anlässlich Ihres 60. Geburtstages haben wir hier in Hanau, der Stadt des edlen Schmucks, eine Goldmedaille mit Ihrem Porträt herausgebracht. Wir erlauben uns, Ihnen diese Medaille als Geburtstagsgeschenk zu überreichen, und hoffen, Ihnen damit eine Freude bereitet zu haben.“ Tatsächlich zeigte sich der Wirtschaftsminister von diesem Geschenk außerordentlich angetan. Er bestellte sofort auf eigene Rechnung zehn weitere Medaillen, von denen er eine seiner Schwester schenken will.

Kurt Friedgé hat den Ehrgeiz, daß sein „Goldener Ludwig“ zur populären Einheitsmünze der neuen deutschen Goldsparmovement wird. Das Geschäft ließ sich gut an; die erste Serie von 4000 „Goldenen Ludwigs“ ist bereits ausverkauft.

Vor wenigen Tagen startete die Hanauer Firma einen Werbefeldzug mit Postwurfsendungen, in deren Reklametext es heißt: „Neben ihrem hohen realen Wert ist die Goldmedaille das passende Geschenk zur Konfirmation und Kommunion. Indem wir Ihnen, frohe Ostertage wünschen, begrüßen wir Sie hochachtungsvoll Friedgé.“



Sparmünzen-Händler Friedgé
Geschenke zu Ostern